

**Auszug aus der Niederschrift
Sitzung des Gleichstellungsausschusses vom 29.04.2025**

- 7 Jahresbericht 2023/2024 der Gleichstellungsstelle der Stadt Oberhausen
 M/17/6457
 zur Kenntnis genommen**

Frau Pietrasch führt in den Jahresbericht der Gleichstellungsstelle ein.

Frau Stadtv. Schadt führt aus, dass erfreulicher Weise im Jahresbericht viele Ampeln zu Maßnahmen auf grün gesetzt werden konnten, aber auch einige Maßnahmen noch immer auf rot stehen. Als Beispiel hierzu führt sie die Teleheimarbeit an. Für sie ist es in der heutigen Zeit als attraktive Arbeitgeberin unerlässlich, sich mit offenen und flexiblen Angeboten zur Arbeitszeit zu präsentieren. Zudem möchte sie wissen, warum wichtige Themen wie die Dienstvereinbarung Fairer Umgang und das Sicherheitskonzept für städtische Gebäude nicht weiter angegangen werden. Auch im Bereich der externen Gleichstellungsarbeit sind viele Ampeln auf grün. Sie bedankt sich ausdrücklich bei der Gleichstellungsstelle und pro familia, dass an dem Thema Schwangerschaftsabbrüche intensiv weitergearbeitet wird. Sie merkt kritisch an, dass die eingeforderte Koordinierungsstelle zur Istanbulkonvention noch nicht umgesetzt wurde.

Frau Pietrasch erläutert, dass die Dienstvereinbarung Fairer Umgang auch für die Gleichstellungsstelle ein wichtiges Thema ist. Der Personalrat der Stadt Oberhausen hat unlängst das Themenfeld Gewalt an Beschäftigten an einigen Stellen angebracht und möchte perspektivisch eine Dienstvereinbarung hierzu ins Auge fassen. Hierüber erhofft sich Frau Pietrasch auch die Wiederaufnahme der Gespräche zu einer Dienstvereinbarung Fairer Umgang bzw. einer integrierten Dienstvereinbarung.

Für Frau Pietrasch ist die Erstellung von individuellen Sicherheitskonzepten für städtische Gebäude im Sinne der Beschäftigten und der Bürger*innen unerlässlich. Aufgrund eines Vorfalles im Dienstgebäude Danziger Straße wurde in einem ersten Schritt mit externer Unterstützung mit der Erstellung eines Sicherheitskonzeptes für den dortigen Standort begonnen und soll sukzessive auf die anderen städtischen Verwaltungsstandorte ausgeweitet werden.

Auch für Frau Pietrasch wäre die Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Istanbulkonvention ein sehr wichtiges Instrument, um das wichtige Thema Gewalt gegen Frauen weiter voranzutreiben.

Frau Costecki führt aus, dass es ein mühseliger aber dennoch nötiger Prozess ist, Arbeitszeiten zu flexibilisieren. Dies wird auch durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst deutlich. Die Erläuterungen zum Tarifabschluss werden nach der Annahme des Tarifabschlusses erwartet und sind sicherlich wichtig für die Weiterarbeit an der Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Frau Dr. Jacobs bedauert, dass es keine Einigung zur Kompensation für die Einrichtung der Koordinierungsstelle zur Istanbulkonvention gegeben hat. Auch Frau Stadtv. Schadt bedauert dies sehr.

Im Übrigen wird der Jahresbericht zur Kenntnis genommen.